

## **Als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet? – Das ZFF fordert weitere Anstrengungen für einen familien-, gleichstellungs- und sozialpolitische Aufbruch!**

Mitgliederversammlung, 16.10.2024

Das Ende dieser Legislaturperiode rückt näher. Am 28. September 2025 wird ein neuer Bundestag gewählt. Glaubt man den Demoskop\*innen und der spürbaren Stimmung im Land, wird dies das Ende der „Koalition des Fortschritts“ sein. Obwohl das Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF) die familien- und gleichstellungspolitischen Pläne der Ampelparteien von Anfang an begrüßt hat, ziehen wir eine sehr ernüchternde Bilanz: Viele der angekündigten Vorhaben sind aufgrund von Finanzierungsvorbehalten oder Uneinigkeit unter den Koalitionspartner\*innen stecken geblieben. Der erhoffte Aufbruch und gesellschaftliche Fortschritt verharren damit in der Warteschleife.

Wir, die Mitglieder des Zukunftsforum Familie e. V. (ZFF), möchten hiermit lautstark auf diese Verzögerungen und Versäumnisse hinweisen und fordern die Ampelkoalition auf, ihre Versprechen zu halten und Familien und ihre Belange auf den letzten Metern ihrer Amtszeit wieder in den Vordergrund zu rücken.

### **Familien, Kinder und Jugendliche mit ihren Ängsten und Sorgen ernst nehmen!**

Kinder, Jugendliche und ihre Familien brauchen Unterstützung: Die Wirtschaftskrise und steigende Lebenshaltungskosten belasten sie nach wie vor stark und führen zu finanzieller Unsicherheit. Zudem wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer schwieriger, weil Fachkräfte in Kitas und Schulen fehlen und eine verlässliche Betreuung oft nicht möglich ist. Auch der Zugang zu guter Bildung ist für viele Familien erschwert. Hinzu kommen gesellschaftliche Verunsicherungen: Das Erstarken rechts-extremer Kräfte bedroht eine demokratische und offene Gesellschaft, was viele Familien mit Sorge betrachten. Es ist an der Zeit, ihre Ängste ernst zu nehmen.

### **Familien- und gleichstellungspolitischer Impulse der Ampelkoalition sind unzureichend oder fehlen ganz!**

Mit dem Kinderzuschlag und der Erhöhung des Kindergeldes wurden zwar Schritte gegen die finanzielle Unsicherheit vieler Familien unternommen, diese reichen aber bei weitem nicht aus. Die Einführung des Selbstbestimmungsgesetzes, das die Wahl des Geschlechtseintrags ohne Gerichtsverfahren und Zwangsgutachten ermöglicht, begrüßen wir, sehen aber weiteren Nachbesserungsbedarf. Besonders kritisieren wir, dass Gegner\*innen die Debatte nutzen, um weiterhin Hass zu schüren. Positiv ist die Streichung des Paragraphen 219a, der die Information über Schwangerschaftsabbrüche stark eingeschränkt hatte. Auch die Investitionen in die Qualität der Kitas und der Ausbau der Ganztags-schulen sollen kommen, die konkrete Umsetzung vor Ort bleibt aber fraglich.

Gleichzeitig warten Familien derzeit aber vergebens auf die Umsetzung vieler familien- und gleichstellungspolitischer Impulse der Ampelkoalition:

Die geplante Kindergrundsicherung sehen wir als gescheitert an. Das sogenannte Kindergrundsicherungsgesetz stellt insbesondere bei der Bekämpfung der Kinderarmut keine Fortschritte dar, da es weder existenzsichernd noch stigmatisierungsfrei ausgestaltet ist.

Auch Vorhaben, die zu einer gerechten Absicherung der Sorgearbeit im Lebensverlauf beitragen – von der Freistellung des zweiten Elternteils nach der Geburt (Familienstartzeit) über die Ausweitung der Partner\*innenmonate beim Elterngeld bis hin zu Instrumenten zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf – werden blockiert.

Vielfältige Familienformen brauchen vielfältige Unterstützung. Nach einer Trennung sollte jede Familie individuell berücksichtigt werden. Geplante Änderungen im Umgangs- und Sorgerecht, etwa zum Wechselmodell und zur erleichterten Vaterschaftsanerkennung, sehen wir kritisch, ebenso die ausbleibenden Verbesserungen für Zweimütterfamilien durch das Abstammungsrecht. Eine klare Regelung für Verantwortungsübernahme jenseits von Ehe oder Liebesbeziehung steht ebenfalls aus, und die dringend nötige Steuerentlastung für Ein-Eltern-Familien fehlt weiterhin.

Zusätzlich hatten wir uns endlich eine Stärkung reproduktiver Rechte erhofft und damit die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs sowie die Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung der Betroffenen. Hierzu gibt es weiterhin keine Einigung innerhalb der Regierungskoalition.

**Die Regierung bleibt damit hinter ihren Zielen zurück, Familien aus der Armut zu holen, Partnerschaftlichkeit zu fördern und die Vielfalt von Familien anzuerkennen.**

### **Familien, Kinder und Jugendliche brauchen mehr!**

Wir, die Mitglieder des Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF), fordern die Bundesregierung auf, endlich die im Koalitionsvertrag versprochenen Maßnahmen in den folgenden Bereichen umzusetzen:

#### ***+Mehr Anstrengung im Kampf gegen Kinder- und Familienarmut!***

In Deutschland bleibt die Armutsgefährdung von Kindern seit Jahren konstant hoch bei rund 20 Prozent – fast 3 Millionen Kinder sind betroffen. Sparmaßnahmen auf Kosten von Kindern und Familien können wir uns nicht leisten. Ein Aufwachsen in Armut nimmt Kindern die Möglichkeit, Demokratie als solidarische Gesellschaft zu erfahren. Ohne Gegenmaßnahmen wird dies langfristig das Vertrauen in den Sozialstaat und unsere demokratischen Institutionen schwächen.

Deshalb fordern wir eine echte Kindergrundsicherung, die Armut vermeidet, sozial gerecht gestaltet ist und unbürokratisch an alle Kinder in Deutschland ausgezahlt wird. Zudem brauchen Eltern Zugang zu guter, existenzsichernder Arbeit. Geringfügige Beschäftigungen müssen in die soziale Sicherung integriert und Minijobs zurückgedrängt werden. Eine familienfreundliche Arbeitskultur mit flexiblen Arbeitszeiten sowie bessere Fort- und Weiterbildungsangebote sind ebenso dringend erforderlich.

#### ***+Mehr verlässliche Kinderbetreuung und gute Schulen!***

Zwar wurde – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – ein weiteres Gesetz zur Verbesserung der Qualität und Teilhabe in der Kindertagesbetreuung beschlossen, doch dies kann nur ein weiterer Schritt auf dem Weg zu bundesweiten Qualitätsstandards sein. Denn die Bildungs- und Betreuungslandschaft in Deutschland ist nach wie vor ein Flickenteppich: Kosten und Angebote variieren stark zwischen den Kommunen. Zwar nehmen immer mehr Kinder an frühkindlicher Bildung und Betreuung teil, doch die Inanspruchnahme ist ungleich verteilt – insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund oder aus finanziell schwächeren Familien besuchen seltener eine Kita.

Gleichzeitig bleibt die Qualität vieler Einrichtungen hinter den empfohlenen Standards zurück, da oft Personal fehlt. Das ZFF fordert seit Jahren gemeinsam mit anderen Verbänden, sowohl das Angebot als auch die Qualität der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen weiter auszubauen. Dies betrifft nicht nur Kitas und Kindertagespflege, sondern auch die Ganztagsbetreuung in Grundschulen. Nur wenn dort gute Voraussetzungen vorgefunden werden, schafft dies Chancengleichheit und Teilhabe für alle Kinder und stärkt Eltern bei der Realisierung ihrer Erwerbswünsche.

### **+Mehr Gleichstellung!**

Die Mehrheit der jungen Eltern wünscht sich eine partnerschaftliche Aufteilung von Kinderbetreuung, Erziehung und Beruf. Wunsch und Wirklichkeit bei der Umsetzung einer partnerschaftlichen Arbeitsteilung klaffen allerdings beharrlich auseinander. Daher muss die Politik sozial gerechte Rahmenbedingungen für eine gleichberechtigte Arbeitsteilung schaffen. Um den zweiten Elternteil von Anfang an stärker in die Betreuung und Erziehung einzubeziehen, ist die Einführung der zweiwöchigen bezahlten Freistellung nach der Geburt (Familienstartzeit) dringend notwendig. Auch Unternehmen profitieren davon, da die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie die Arbeits- und Fachkräftesicherung unterstützt. Die Familienstartzeit sollte im Mutterschutzgesetz verankert werden, wo aufgrund des etablierten Umlageverfahrens kaum weiterer bürokratischer Aufwand entstehen würde.

Ein weiterer Schritt für mehr Partnerschaftlichkeit ist eine deutliche Ausweitung der sogenannten Partner\*innenmonate im Elterngeld innerhalb der 14-monatigen Bezugsdauer. Besonders einkommensschwache Eltern benötigen Unterstützung, um ohne finanzielle Sorgen ins Familienleben zu starten. Das ZFF fordert daher, das Elterngeld nicht auf Transferleistungen anzurechnen und den Mindestbetrag zu erhöhen.

### **+Mehr Vielfalt!**

Es ist längst überfällig, das Familienrecht an die Vielfalt der heutigen Familienformen anzupassen und allen Familienkonstellationen eine zukunftsfeste gesetzliche Grundlage für die Sorge und Verantwortung füreinander zu bieten. Die geplanten Verbesserungen für Zweimütterfamilien im Abstammungsrecht müssen daher dringend umgesetzt werden. Anstatt weiterhin auf die Stiefkindadoption angewiesen zu sein, sollen Frauen durch Ehe oder Anerkennung rechtliche Elternteile ihrer Kinder werden können. Auch die Einführung der notariellen Elternschaftsvereinbarung vor einer privaten Samenspende stellt einen wichtigen Fortschritt dar.

Die erweiterten Möglichkeiten für Kinder, Informationen über ihre biologische Herkunft zu erhalten, begrüßen wir ebenfalls. Allerdings kritisieren wir, dass die rechtliche Situation von trans\*, intergeschlechtlichen und nicht-binären Eltern kaum Berücksichtigung findet. Hier besteht weiterhin dringender Handlungsbedarf.

Mit Spannung erwarten wir auch die versprochene Verantwortungsgemeinschaft. Ein Institut jenseits der Ehe kann eine echte Alternative für unterschiedliche Familienkonstellationen sein. Gleichzeitig ist es aus Sicht des ZFF in jedem Fall wichtig, darauf zu achten, dass es sich nicht um ein Rechtsinstitut handelt, das einer „Ehe light“ entspricht, bspw. mit steuerlichen Vorteilen, aber ohne unterhalts- oder erbschaftsrechtliche Verantwortung, die finanziell schlechter gestellte Partner\*innen, meist Frauen, z.B. nach einer Trennung schlecht(er) absichert.

### **+Mehr für Alleinerziehende und Trennungsfamilien!**

Kinder von Alleinerziehenden sind besonders häufig von Armut betroffen, obwohl fast drei Viertel der alleinerziehenden Mütter berufstätig sind, viele davon in Vollzeit. Eine echte Kindergrundsicherung hätte die Situation dieser Familien spürbar verbessern können.

Seit Jahren kritisieren wir, dass das Sozialrecht egalitäre Betreuungsmodelle nicht ausreichend berücksichtigt. Möchten getrennt erziehende Eltern die Verantwortung gleichberechtigt teilen, führt dies bei Familien mit geringem oder keinem Einkommen oft zu Kürzungen der Sozialleistungen. Gemeinsam mit vielen Verbänden fordern wir daher die Einführung eines Umgangsmehrbedarfs, um diese Benachteiligung zu beheben.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine Steuergutschrift für Alleinerziehende ein. Diese sollte in Form einer negativen Einkommenssteuer insbesondere Alleinerziehende mit geringem Einkommen entlasten. Der steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehende sollte zu einer Steuergutschrift weiterentwickelt und als Abzugsbetrag von der Steuerschuld ausgestaltet werden. Perspektivisch sollen auch Getrennterziehende aufgrund ihrer hohen Umgangsmehrkosten, da das Kind/ die Kinder in zwei Haushalten lebt/ leben, ebenfalls mit einer Steuergutschrift unterstützt werden können.

#### **+Mehr Unterstützung für pflegende An- und Zugehörige!**

Pflege betrifft über kurz oder lang fast alle. Ca. 5 Millionen Menschen sind in Deutschland pflegebedürftig – Tendenz stetig steigend. 84 % dieser Menschen werden Zuhause versorgt. Für die An- und Zugehörigen bedeutet Pflege eine außerordentliche finanzielle, körperliche, emotionale und zeitliche Belastung. Bereits jetzt gibt jede\*r Dritte, der oder die zu Hause pflegt, an, extrem belastet zu sein und die Pflegesituation nur unter Schwierigkeiten oder gar nicht mehr bewältigen zu können. Damit Pflegende nicht in die (Alters-)Armut geraten, müssen die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf weiter ausgebaut werden – vor allem, um soziale Teilhabe durch Erwerbsarbeit zu ermöglichen. Insbesondere Alleinerziehende brauchen hier dringend Unterstützung. Neben der angekündigten Reform der sog. Brückenteilzeit für Beschäftigte in kleinen Unternehmen müssen die Freistellungsmöglichkeiten, die heute durch das Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetz gegeben sind, unbedingt verbessert werden: Dafür müssen die beiden Gesetze zusammengeführt sowie die Zeit, in der die Erwerbsarbeit reduziert werden kann, ausgedehnt werden. Zudem braucht es dringend eine Transferleistung, die An- und Zugehörige, die aufgrund der Pflege nicht oder nur wenig erwerbsarbeiten können, unterstützt. Die Leistung soll sozial gerecht ausgestaltet sein, vor Armut schützen und einen Anreiz für Männer schaffen, mehr Pflege zu übernehmen. Das geht nur durch eine angemessene Höhe und die Option, den Bezugszeitraum insgesamt zu verlängern, indem sich mehrere Personen die Pflege teilen.

#### **+Mehr reproduktive Gerechtigkeit und Selbstbestimmung!**

Alle Menschen sollten das Recht haben, über ihren Körper und ihre Familienplanung selbst zu entscheiden. Dies ist in Deutschland derzeit nicht der Fall, sondern wird von vielen Gesetzen und herrschenden Normen immer wieder in Frage gestellt. Die von der Bundesregierung eingesetzte unabhängige Kommission zu reproduktiven Rechten und Fortpflanzungsmedizin hat es klar benannt und die Bundesregierung zum Handeln aufgefordert: Eine Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs ist verfassungsrechtlich nicht nur möglich, sondern darüber hinaus auch geboten. Das ZFF setzt sich dafür ein, den Schwangerschaftsabbruch aus dem Strafgesetzbuch zu entfernen und zu legalisieren. Ebenfalls muss der Schwangerschaftsabbruch eine kassenärztliche Leistung werden. Darüber hinaus muss die Pflichtberatung abgeschafft und ein flächendeckendes Netz freiwilliger Beratungsangebote aufgebaut werden.

**Es ist noch nicht zu spät! Wir appellieren an die Bundesregierung und die Mitglieder des Bundestags, diese wichtigen Vorhaben auf den Weg zu bringen. Lassen Sie uns das gemeinsam anpacken, denn nur so können wir etwas bewegen und Großes für Familien erreichen!**